

Neuer Messpunkt in Boffzen soll automatisiert werden

Umweltminister Wenzel: Tagesaktuelle Messungen setzen Grenzen für Salzbelastung der Weser

Mittwoch 20. Juli 2016 - **Hannover/Boffzen (wbn). Die Niedersächsische Landesregierung will der Salzeinleitung in die Weser klare Grenzen setzen.**

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) hat jetzt über die Einrichtung einer Güte-messstation für die Prüfung des Salzgehalts im niedersächsischen Abschnitt der Oberweser in Boffzen informiert. Auf Dauer sollen die Proben dort automatisch genommen werden und die Ergebnisse auch öffentlich einsehbar sein.

Fortsetzung von Seite 1

Schon jetzt werden vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) Tagesstichproben genommen und im Labor auf Salze, Nährstoffe und organische Kohlenstoffe untersucht.

Die tägliche Probennahme vor Ort wird durch eine mobile Messung im Gewässer unterstützt. „Mittelfristig soll die Beprobung in Boffzen voll automatisch durch eine derzeit noch im Bau befindliche feste Gütemessstation erfolgen“, heißt es aus dem Ministerium.

Wenzel: „Damit können wir die Einhaltung der Zielwerte rund um die Uhr kontrollieren“. Geplant ist außerdem, die gemessenen Parameter der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich zu machen.

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 20. Juli 2016 um 16:46 Uhr

Bewirtschaftungsplanentwurf sieht konkrete Grenzwerte vor

Zuvor hatte sich der Umweltminister auf den von der Flussgebietsgemeinschaft Weser vorgestellten „Bewirtschaftungsplanentwurf 2015 bis 2021 - Salz“ bezogen, der auf der Weserministerkonferenz im am 18. März diesen Jahres beschlossen wurde. Darin sind für die nächsten Bewirtschaftungsperioden 2015-2021 und 2021-2027 die zu erreichenden Zielwerte für die Parameter Chlorid, Kalium und Magnesium für die hessische Messstelle in Gerstungen/Werra und zudem für die niedersächsische Messstelle in Boffzen/Oberweser vorgegeben.

„Mit dem Beschluss des Bewirtschaftungsplans sind dem Verursacher der Salzbelastung klare und verbindliche Grenzwerte gesetzt, an der sich die künftige Produktion im Fördergebiet Werra auszurichten hat“, sagte Wenzel. Zudem ginge es um Beweissicherung für mögliche rechtliche Auseinandersetzungen.